



Berlin und London starten Finanzierungsprogramm für Klimaschutz in Entwicklungsländern

Berlin und London starten Finanzierungsprogramm für Klimaschutz in Entwicklungsländern
Deutschland und Großbritannien stellen insgesamt 70 Millionen Euro zur Verfügung
Das Bundesumweltministerium und das britische Ministerium für Energie und Klimawandel haben gemeinsam ein neues Programm aufgelegt, mit dem anspruchsvolle Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern gefördert werden sollen. Das Programm ist mit einer Anfangssumme in Höhe von insgesamt 70 Millionen Euro ausgestattet. Davon steuert Deutschland 40 Millionen Euro bei, Großbritannien 25 Millionen Pfund.
Entwicklungs- und Schwellenländer haben in den vergangenen Jahren eine Vielzahl ambitionierter Klimaschutzmaßnahmen vorbereitet. Um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu ermöglichen und konkrete Emissionsminderungen vor Ort zu erzielen, bedarf es einer maßgeschneiderten Finanzierung auch seitens internationaler Geber.
Deutschland und Großbritannien haben mit dem neuen Programm ein beispielgebendes Instrument geschaffen. Vorschläge für Projekte, die gefördert werden sollen, können bis zum 2. September 2013 eingereicht werden.
Dabei geht es um freiwillige Klimaschutzmaßnahmen von Entwicklungs- und Schwellenländern, die im internationalen Klimaprozess etabliert wurden.
Diese sind in die jeweiligen nationalen Entwicklungspläne eingebettet.
In einem wettbewerbsbasierten Auswahlprozess wird beurteilt, ob die von Regierungen bzw. den durchführenden Organisationen eingereichten Projektvorschläge die allgemeinen Förderbedingungen sowie Ambitionskriterien erfüllen. Die ausgewählten Projektvorschläge durchlaufen dann eine zweite Bewertungsphase, in der umfassende Machbarkeitsstudien durchgeführt werden. Diese werden dann dem Direktorium des Programms vorgelegt, bevor es seine endgültige Entscheidung über die Förderung trifft.
Die im Rahmen des Programms unterstützten Projekte können sämtliche Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit nutzen, der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Mobilisierung von Kapitalinvestitionen für emissionsmindernde Maßnahmen.
Ein Pilotprojekt in Mexiko dient als Beispiel für Projekte, für die das neue Programm aufgelegt wurde. Im Rahmen dieses Projekts, das aus dem neuen Fördertopf finanziert wird, wird die mexikanische Regierung bei der Umsetzung eines Programms für nachhaltige Gebäude unterstützt. Das Augenmerk liegt auf der Gesamtenergiebilanz eines Gebäudes.
Das Programm hat den offiziellen Titel "International NAMA Facility" (Nationally Appropriate Mitigation Actions (angemessene nationale Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen) NAMA). Der deutsche Beitrag von 40 Millionen Euro stammt aus dem Sondervermögen Energie- und Klimafonds (EKF), die Regierung Großbritanniens unterstützt das Programm mit 25 Millionen Pfund Sterling aus dem Internationalen Klimafonds (ICF).
Weitere Informationen sowie das Formular für NAMA-Projektvorschläge finden sich auf folgenden Websites:
<http://www.international-climate-initiative.com/en/issues/nama-facility/>
<https://www.gov.uk/government/publications/information-about-the-nationally-appropriate-mitigation-actions-nama-facility>
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 1888 305-0
Telefax: 0 1888305-2016
Mail: presse@bmu.bund.de
URL: <http://www.bmu.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.